
3654/J XXVII. GP

Eingelangt am 07.10.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der **Abgeordneten Petra Vorderwinkler**,
Genossinnen und Genossen

an den **Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport**

betreffend: **Warum verweigert die Regierung Home-Office im öffentlichen Dienst?**

Am 13. September kündigte – der für den öffentlichen Dienst zuständige – Vizekanzler Werner Kogler angesichts der stark steigenden Infektionszahlen an, im Bund wieder verstärkt auf Home-Office zu setzen.¹

Seitdem ist aber offensichtlich nichts geschehen. Im Gegenteil: Im Bundeskanzleramt hat der Dienststellenausschuss sich sogar darüber beklagt, dass es im BKA kein Corona-Konzept gibt und die MitarbeiterInnen auch nicht verstärkt ins Home-Office geschickt wurden.

Die Regierung hat Unternehmen dazu aufgefordert, ihren MitarbeiterInnen – auf freiwilliger Basis – Home-Office zu erlauben und zwar überall dort wo es aus betrieblicher Sicht möglich ist.

Der Bund ist geradezu das Paradebeispiel für mögliche Home-Office Regelungen. Das wissen wir spätestens seit dem ersten Lockdown im März. Hier wurden 2/3 der Belegschaft ins Home-Office geschickt.²

Am 6. Juli 2020 endete diese Home-Office Regelung für den öffentlichen Dienst.³ Eine Ersatzlösung ist bis heute nicht bekannt.

Es ist angesichts der steigenden Infektionszahlen und der damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen nicht erklärbar, warum im Bund eine Home-Office Offensive derzeit ausbleibt. Es wäre eine einfache Maßnahme um einen Beitrag zur Reduktion der Neuinfektionen zu leisten,

¹ <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2074958-Kurz-und-Kogler-werben-fuer-Homeoffice.html>

² <https://www.diepresse.com/5797103/90000-bundesbedienstete-arbeiten-im-home-office>

³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200706_OT0083/vizekanzler-kogler-auch-fuer-bundesbedienstete-ein-stueck-normalitaet-zurueck

zumal das Home-Office für Bundesbedienstete während des ersten Lockdown gut funktioniert hat. Besonders perfide wird es, wenn die Regierungsspitze ständig mit dem erhobenen Zeigefinger herumrennt, Unternehmen zu Home-Office aufruft, aber selbst nicht in der Lage ist – dort wo es leicht möglich wäre – Home-Office Regelungen für die Mitarbeiter im Bund umzusetzen.

Die SPÖ interessiert sich insbesondere dafür, wie viele Leute zu Beginn des Lock-Down im März seitens des Bundes im Home-Office waren. Wie viele Leute mit 1. September (vor Ankündigung von Werner Kogler) im Home-Office waren und wie viele es mit 21.09.2020 sind.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Welche Home-Office Initiativen haben Sie seit der Pressekonferenz am 13. September 2020 innerhalb der Bundesregierung gesetzt?
- 2) Gab es seit dem 13. September 2020 einen Ministerratsbeschluss betreffend einer neuen Home-Office Regelung für den öffentlichen Dienst? Wenn Ja, wie lautet der Beschluss? Wenn nein, ist ein solcher Beschluss für die Zukunft noch geplant?
- 3) Haben Sie im Zuge einer Ministerratsitzung eine neue Home-Office Regelung für Bundesbedienstete angesprochen/vorgeschlagen? Wenn ja, warum kam es zu keinem Beschluss? Welche Ministerinnen und Minister haben sich gegen eine neue Home-Office Initiative für den Bund ausgesprochen?
- 4) Wie viele Bedienstete des Bundes waren im Jänner 2020 im Home-Office? (Bitte um Aufschlüsselung für alle Ministerien getrennt).
- 5) Wie viele Bedienstete des Bundes waren zu Beginn des Lockdown im März 2020 zur Spitzenzeit im Home-Office? (Bitte um Aufschlüsselung für alle Ministerien getrennt).
- 6) Wie viele Bedienstete des Bundes waren im August 2020 im Home-Office? (Bitte um Aufschlüsselung für alle Ministerien getrennt).
- 7) Wie viele Bedienstete des Bundes sind mit Stand 1. Oktober 2020 im Home-Office? (Bitte um Aufschlüsselung für alle Ministerien getrennt).